



Landeselternkonferenz NRW

An
das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW
Frau
Ministerin Sommer
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf
.....

Vorstand:
Eberhard Kwiatkowski
Beate Limbrock
Hans-Joachim Remscheidt
Susanne Guschmieder
Karl Otto Hüsken
Angela Lehmenkühler
Maritta Sälzer
Gabi Spork

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Lehrerausbildung

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

zunächst möchten wir uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Lehrerausbildung bedanken.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass die Zeitspanne zur Erstellung eines solchen Papiers sehr knapp bemessen wurde, da während der Sommerferien in NRW auch die Elternvertreter in den Verbänden nicht so zur Verfügung stehen und darum eine ausführliche Diskussion der Reformen nicht möglich gewesen ist.

Die Landeselternkonferenz begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, die Lehrerausbildung in NRW zu reformieren - dieser Schritt war schon lange notwendig, um die Anforderungen an ein modernes und zeitgemäßes Bildungswesen anzupassen.

Wir erkennen darin natürlich ihr Anliegen, die Reform der Lehrerausbildung an das neue Schulgesetz anzupassen als konsequente Ergänzung der bisherigen Schritte.

So werden Sie sicherlich verstehen und nachvollziehen können, dass wir ebenfalls die von uns bisher angestrebte Richtung weiterverfolgen und somit die Zementierung des jetzigen dreigliedrigen Schulsystems, die sich auch in dieser Reform der Lehrerausbildung wiederfindet, grundsätzlich ablehnen.

Positiv sehen wir die Absicht der Landesregierung die Lehrerausbildung an die Bedürfnisse der Schule(n) anzupassen - wäre da nicht die Intention, sie an die „Schulformen“ zu koppeln

(LehrerInnen werden hiermit regelrecht in enge „Schubfächer“ einsortiert) -.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Entwicklungsstand und Qualität an den Landtag dagegen begrüßen wir sehr, da hierfür eine grundlegende vorausgehende Evaluation notwendig ist.

Wir vermissen in den gestellten Anforderungen den Erwerb von umfassenden Fähigkeiten in der Pädagogik, begrüßen jedoch die Absicht, die Lehrerausbildung stärker auf den Umgang mit der Heterogenität der SchülerInnen und deren individuelle Förderung zu orientieren. Ebenfalls vermissen wir den **Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit Eltern**. Diese Kompetenzen ist unabdingbar für das Gelingen einer „guten“ Schule.

Die zukünftige Lehrerausbildung ist wie eh und je gestaffelt nach Studium, Vorbereitungsdienst und anschließender Staatsprüfung. Aktuelle Studien haben belegt, dass es unbedingt erforderlich ist, dem Studierenden die Möglichkeit zu geben, anhand eines oder mehrerer Probeseester mit theoretischem und praktischem Teil, herauszufinden, ob dieser sich für den Studiengang eignet und er damit seiner tatsächlichen Neigung folgt.



So vermissen wir diese Option zu Beginn eines Lehramtsstudiums in diesem Entwurf, der erneut mehr Ziel- und Leistungs- als Individualorientiert ist.

Diese „Praxiselemente (Praxissemester)“ als Abschluss des Studiums (Zugangsberechtigung zum Vorbereitungsdienst) halten wir für reichlich verspätet, da dieses zu diesem Zeitpunkt nicht mehr der eigenen Neigungsfindung dient (beim schlimmsten Fall des Studienabbruchs an dieser Stelle hat der Studierende sowohl seine eigenen, als auch die Ressourcen des Staates vergeudet), sondern ausschließlich der abschlussbezogenen erforderlichen Leistungserbringung.

Im Bezug auf die „Sondervorschriften“ (Abschnitt IV, § 13 – 18) wird erneut deutlich, welche Schwierigkeiten auftreten - im Bezug auf die Qualifikationen von LehrerInnen und damit verbunden deren Verwendung lediglich innerhalb der Schulformen -, besonders vor dem Hintergrund des (Fach-) Lehrermangels. Durch die Untermauerung dieser Vorschriften und dem darin manifestierten rein Schulformbezogenen Kompetenzerwerb wird der Einsatz der Lehrkräfte an anderen Schulformen zum Entgegenwirken u.a. von diversem Lehrermangel unmöglich. Außerdem werden auf diese Weise LehrerInnen „klassifiziert“, was ihrem eigenen Selbstbewusstsein und dem Ansehen in der Bevölkerung noch weiter entgegenwirkt. Die Landesregierung konterkariert ihre eigenen Bemühungen um Behebung der Schwachstellen. Im Volksmund würde man von „Verschlimmbesserung“ reden! Es ist uns daher vollkommen unverständlich, warum die Ausbildung der Lehrkräfte nunmehr bis auf jede einzelne Schulform herunter gestaffelt werden soll.

Dass die diversen Hochschulen in Zukunft die Ausbildungsphase selbst gewährleisten sollen, entspricht sicherlich den neuesten Erkenntnissen zur „Eigenverantwortung“ von Schule und Hochschule. Allerdings erfordert diese Intention vorgegebene verbindliche Zielvereinbarungen für alle Hochschulen, die in diesem Entwurf nicht zu erkennen sind, sodass zu befürchten ist, dass die Ergebnisse der Abschlüsse von Hochschule zu Hochschule stark differieren werden.

Im Bezug auf die Verfolgung der Ziele der LEK NRW können wir weiterhin auch die Beibehaltung des Beamtentums für LehrerInnen in diesem Entwurf nicht befürworten, da wir der Meinung sind, dass eine nach individueller Leistung gestaffelte Bezahlung für LehrerInnen einen Ansporn darstellt, im Gegensatz dazu eine Beamtenbesoldung einen sogenannten „Sowiesofaktor“ ergibt.

Abschließend möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir sicherlich den Reformwillen der jetzigen Landesregierung erkennen, jedoch den *auch* in der Reform der Lehrerausbildung weiter verfolgten Weg *entgegen* aller ihr bekannten anderslautender Studien von namhaften Bildungswissenschaftlern, hin zu einer Manifestierung des absolut überholten Schulformsystems, generell zurückweisen müssen.

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer, wir fordern Sie und die Landesregierung auf, den von Bildungsexperten aufgezeigten Weg hin zu einem zukunftsorientierten Schulform unabhängigen Bildungswesen und zu einem, wie Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ankündigte, modernen, dem modernsten Bildungssystem Deutschlands, wenn nicht sogar Europas, zu gehen. Mit einem Abstieg auf Platz 15 von 16 im nationalen Ranking bewegen wir uns ganz offensichtlich noch weiter nach unten. Das sollte Ihnen und der Landesregierung wirklich zu denken geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eberhard Kwiatkowski, Vorsitzender